

# Leserbrief: Unverständlich für Bürger und Steuerzahler

1. Februar 2018

---

## **Zum Bericht "Bohrungen und Vermessungen auf IGI-Gelände" in der SZ vom 31. Januar schreibt ein Leser:**

Die Meldung der Schwäbischen Zeitung, dass die Vorbereitungen für den Bau des IGI in Warthausen begonnen werden sollen, bevor überhaupt eine Genehmigung für den Bau vorliegt, ist für die Bürger und Steuerzahler unverständlich und geradezu kompromittierend. Der Umstand, dass sich das von den Bürgermeistern bereits für August vorigen Jahres angekündigte Ergebnis der Überprüfung des Regierungspräsidiums um mehr als ein halbes Jahr verzögert, ist ein Hinweis darauf, dass man in Tübingen die Vernichtung der Natur im Rißtal differenzierter beurteilt als in Biberach, Warthausen, Maselheim und Schemmerhofen. Die sehr genaue Prüfung des "Zielabweichungsantrags" ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Genehmigung für das IGI entweder versagt oder mit gravierenden Auflagen verbunden werden muss. Erheblichen Auflagen für das IGI folgen notwendigerweise auch gravierende Verteuerungen.

Die Firma Handtmann hat mehrfach deutlich gemacht, dass ihre Kalkulation für die neue Fertigung in einem sehr engen Kostenrahmen liegt. Das könnte zur Folge haben, dass sie an einer Beteiligung am IGI aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr interessiert sein kann. Andere Interessenten für das IGI gibt es aber nicht. Das bedeutet, die Kosten, die die Stadt Biberach und die beteiligten Gemeinden jetzt verursachen, würden vollumfänglich am Steuerzahler hängen bleiben. In Warthausen haben die Kämmerin und der Bürgermeister bereits Erhöhungen für Steuern und Gebühren angekündigt. Auch die Haushalte in Maselheim und Schemmerhofen sind bereits über die Grenzen belastet. Die Aussage des Biberacher Bürgermeisters "Wir wissen, dass wir damit ins Risiko gehen" betrifft genauso alle anderen beteiligten Gemeinden. Für die Stadt Biberach geht es vielleicht wirklich nur um Spielgeld, für die Gemeinden, zu allererst Warthausen, gefährdet es die Substanz. Verantwortbare Politik sieht anders aus.

Klaus Schneider, Warthausen